IKPE
Institut für kommunale Planung und Entwicklung
An-Institut der FH Erfurt

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

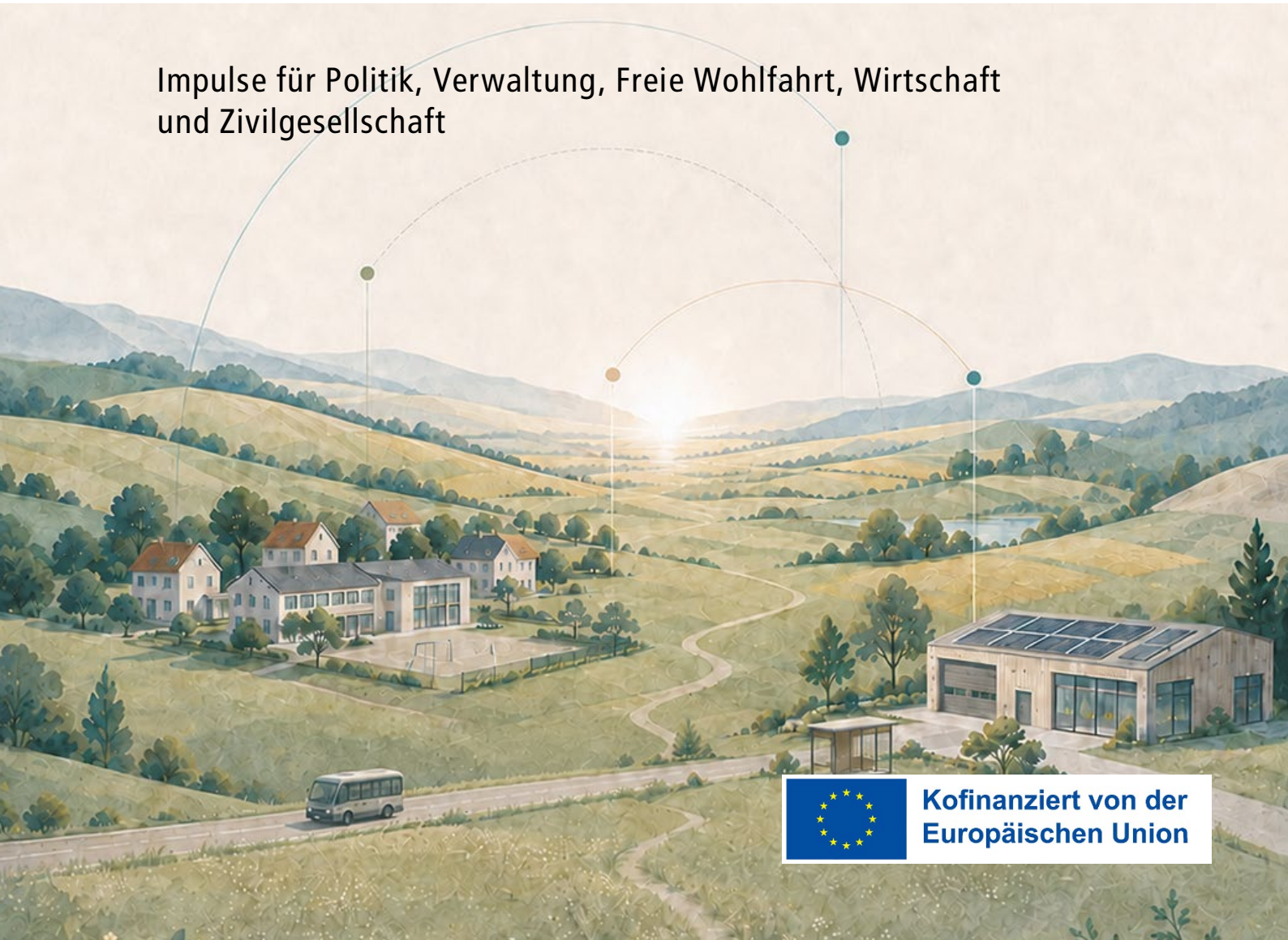
AWO · caritas · PARITÄT · Deutsches Rotes Kreuz · Diakonie · ZWST

Diskussionspapier

Zukunft vorausdenken - heute gemeinsam handeln

Ergebnisse eines Foresight-Prozesses zur strategischen Sozialplanung in ländlichen Räumen in Thüringen

Impulse für Politik, Verwaltung, Freie Wohlfahrt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft



Kofinanziert von der Europäischen Union

Zukunft vorausdenken - heute gemeinsam handeln

Ergebnisse eines Foresight-Prozesses zur strategischen Sozialplanung in ländlichen Räumen in Thüringen

IMPRESSUM

Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. An-Institut der Fachhochschule Erfurt (IKPE)

Anger 10, 99084 Erfurt

E-Mail: info@ikpe-erfurt.de

Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung (KOSS plus) des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de

Autor:innen: Dr. Stefan Huber (IKPE), Pascal Simoleit (KOSS plus), Inga Döbel (IKPE), Christopher Bieniek (KOSS plus)

Redaktion: Katja Schmidt (IKPE)

Bildnachweis: Illustrationen, wenn nicht anders angeben, stammen aus Canva. Titelgrafik: KI-gestützte eigene Darstellung mit ChatGPT (OpenAI), 2026.

Dieses Diskussionspapier wurde erstellt im Rahmen der Prozessbegleitung von Kommunen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege in Thüringen bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Sozialstrategien sowie lokaler Akteure in den Bereichen aktive Inklusion, Verbesserung der Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen. Es gibt die Ansichten der Teilnehmenden am Prozess wieder und nicht zwingend die des gesamten IKPE oder der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen.

Gefördert durch den Freistaat Thüringen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus.

Erfurt, 08/ 2026

Vorwort

Zukunft vorausdenken heißt, dort hinzusehen, wo die Fragen am größten sind – und sich gemeinsam auf den Weg zu machen, um Antworten zu entwickeln.

Sozialplanung in ländlichen Räumen ist keine einfache Aufgabe. Gerade dort treffen unterschiedliche gesellschaftliche, strukturelle und wirtschaftliche Entwicklungen unmittelbar aufeinander: Der demografische Wandel verändert Bevölkerungsstrukturen und Bedarfe, Mobilität wird zur Voraussetzung für Teilhabe, soziale und medizinische Infrastrukturen müssen auch bei knapper werdenden Ressourcen verlässlich erreichbar bleiben. Gleichzeitig gehen vielerorts Begegnungsorte verloren, ehrenamtliche Strukturen stehen unter Druck und nicht wenige Menschen erleben ihre Region als zunehmend abgehängt. Auch die Frage, wie demokratische Beteiligung und gesellschaftlicher Zusammenhalt unter diesen Bedingungen gestärkt werden können, gewinnt an Bedeutung.

Als ländlich geprägtes Bundesland ist Thüringen in besonderem Maße mit den Folgen des demografischen Wandels konfrontiert. Bevölkerungsrückgang, Alterung und regionale Unterschiede verändern die Voraussetzungen, unter denen öffentliche und soziale Infrastruktur geplant und gestaltet werden kann. Zugleich verfügen ländliche Räume über vielfältige Potenziale: engagierte Menschen, gewachsene Netzwerke, regionale Verbundenheit, wirtschaftliche Strukturen und eine Vielzahl von Ideen und Erfahrungen, an die angeknüpft werden kann. Die entscheidende Frage ist daher nicht allein, wie auf bestehende Problemlagen reagiert werden kann, sondern wie vorhandene Ressourcen, Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Entwicklung zusammengeführt werden können.

Genau hier setzt der in diesem Diskussionspapier dokumentierte Prozess an. Den Blick auf die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume zu richten und dafür einen partizipativen Foresight-Prozess zu initiieren, war ein bewusster Schritt: Nicht erst dann zu handeln, wenn Entwicklungen bereits eingetreten sind, sondern frühzeitig unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen, mögliche Zukunftsentwicklungen zu betrachten und daraus gemeinsam Handlungsoptionen abzuleiten. Dort hinzusehen, wo die Fragen am größten sind, und sich gemeinsam mit den Akteuren vor Ort auf den Weg zu machen, um Antworten zu entwickeln – darin liegt ein wesentlicher Mehrwert von Prozessbegleitung und auch des hier dargestellten Prozesses.

Drei Aspekte zeichnen diesen Prozess in besonderer Weise aus.

Erstens: Kooperation.

Ausgangspunkt war die Zusammenarbeit des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) und des Kompetenzzentrums Strategische Sozialplanung (KOSS plus) der LIGA der Freien

Wohlfahrtspflege in Thüringen. Beide Institutionen begleiten im Rahmen der ESF-Plus-geförderten Sozialstrategierichtlinie Kommunen und freie Träger bei der Entwicklung und Umsetzung strategischer Sozialplanung. Die gemeinsame Arbeit eröffnete die Möglichkeit, das Thema Sozialplanung in ländlichen Räumen über institutionelle und fachliche Grenzen hinweg zu betrachten. Kommunen und Verwaltung, Freie Wohlfahrtspflege, Zivilgesellschaft und Wirtschaft bringen unterschiedliche Erfahrungen, Interessen und Handlungsmöglichkeiten ein. Erst das Zusammendenken dieser Perspektiven ermöglicht einen umfassenden Blick auf die Bedingungen, unter denen ländliche Räume heute und morgen gestaltet werden können.

Zweitens: eine beteiligungsorientierte Foresight-Methode.

Der gewählte Ansatz verbindet mehrere Elemente, die für eine zukunftsorientierte Sozialplanung von besonderer Bedeutung sind: Beteiligung, die systematische Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven und ein methodisch strukturiertes Vorgehen, das den Blick bewusst über die Gegenwart hinaus richtet. Foresight bedeutet dabei mehr als einen Blick in die Zukunft zu werfen. Es geht darum, Zukunft als gestaltbaren Möglichkeitsraum zu verstehen, Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, unterschiedliche Szenarien zu durchdenken und daraus Handlungsfähigkeit für die Gegenwart zu gewinnen. Damit werden Foresight-Prozesse zugleich zu einem wichtigen Future Skill in der strategischen Sozialplanung– welche als Fähigkeit angesichts komplexer und dynamischer gesellschaftlicher Entwicklungen immer wichtiger wird.

Der Prozess hat dabei vor allem eines deutlich gemacht: Zukunft entsteht nicht allein aus Trends oder Prognosen. Sie entsteht daraus, wie Menschen, Institutionen und Regionen mit Veränderungen umgehen. Gerade im Austausch der unterschiedlichen Akteur*innen wurde sichtbar, dass viele Herausforderungen nicht isoliert bearbeitet werden können. Mobilität, soziale Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung, Beteiligung und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind eng miteinander verbunden. In dieser Verbindung liegt die Chance: Wo unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen zusammenkommen, entstehen neue Perspektiven und mitunter auch Lösungen, die aus einer einzelnen fachlichen Sicht heraus nicht sichtbar geworden wären.

Drittens: die Ergebnisse als Impulse.

Das vorliegende Diskussionspapier erhebt deshalb nicht den Anspruch, fertige Antworten oder einen abschließenden Maßnahmenkatalog vorzulegen. Die dargestellten Handlungsoptionen verstehen sich vielmehr als Impulse für Politik, Verwaltung, Freie Wohlfahrtspflege, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie sollen Diskussionen anregen, bestehende Ansätze weiterentwickeln und dazu ermutigen, neue Formen der Zusammenarbeit und der Gestaltung auszuprobieren.

Damit ist die Veröffentlichung dieses Papiers zugleich ein neuer Ausgangspunkt. Die Ergebnisse sollen nicht mit der Veröffentlichung abgeschlossen sein, sondern in weitere fachliche und politische Diskussionen einfließen, vor Ort aufgegriffen, konkretisiert und weiterentwickelt werden. Entscheidend wird sein, aus gemeinsamen Zukunftsbildern konkrete nächste Schritte entstehen zu lassen und dabei auch immer wieder zu prüfen, was funktioniert, was verändert werden muss und wo neue Antworten erforderlich sind. Das Diskussionspapier möchte hierzu einen Beitrag leisten: als Orientierungsrahmen, als Gesprächsgrundlage und als Einladung zum gemeinsamen Weiterdenken und Handeln.

Der hier dokumentierte Prozess steht zugleich für die Zusammenarbeit von IKPE und KOSS plus. Er zeigt, welches Potenzial darin liegt, wissenschaftliche Expertise, Erfahrungen aus der Prozessbegleitung und die Perspektiven der Menschen und Institutionen vor Ort miteinander zu verbinden. Diese Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln – im Sinne einer strategischen Sozialplanung, die nicht nur auf Veränderungen reagiert, sondern Zukunft aktiv mitgestaltet.

Unser besonderer Dank gilt daher allen, die sich in den unterschiedlichen Phasen des Prozesses eingebracht haben: den Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt, den Vertreter*innen aus Kommunen, Freie Wohlfahrtspflege, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, den Expert*innen und Impulsgeber*innen der verschiedenen Fachforen und Veranstaltungen sowie allen, die ihre Erfahrungen, Ideen und Perspektiven zur Verfügung gestellt haben. Unser Dank gilt ebenso denjenigen, die den Prozess an seinen unterschiedlichen Stationen – von Holzdorf über die weiteren Fach- und Austauschformate bis hin zum Deutschen Fürsorgetag – begleitet und mitgestaltet haben.

Die Vielfalt dieser Beiträge ist die eigentliche Grundlage dieses Diskussionspapiers. Sie macht deutlich: Die Zukunft ländlicher Räume lässt sich nicht für einzelne Akteure planen. Sie kann nur gemeinsam vorausgedacht und gestaltet werden.

Wir laden Sie ein, diesen Weg weiterzugehen.

Prof. Dr. Jörg Fischer / Prof. Dr. Theresa Hilse-Carstensen — Lars Oschmann

Institutsleiter — stellv. Institutsleiterin — Vorsitzender

Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. — Liga der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

An-Institut der FH Erfurt — Thüringen

Zusammenfassung

Das vorliegende Diskussionspapier befasst sich mit der Fragestellung: Wie können die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen insbesondere in ländlichen Räumen bei veränderten Rahmenbedingungen in Thüringen angegangen werden? Zur Beantwortung dieser Frage, wurde im Rahmen der ESF Plus geförderten Prozessbegleitung kommunaler Sozialstrategien ein Foresight-Prozess durch das IKPE und das KOSS plus entwickelt. So konnten sich kommunale Akteure aus der Verwaltung, von den freien Trägern und Wirtschaftsvertreter:innen[1] systematisch und partizipativ mit gesellschaftlichen Entwicklungen, Einflussfaktoren und Zukunftsbildern gemeinsam auseinandersetzen und mögliche Lösungsstrategien mit konkreten Gestaltungsmöglichkeiten untersetzen. Die zentralen Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses werden in diesem Diskussionspapier für Politik und Praxis der Sozialplanung gebündelt als Impulse zur gemeinsamen Weiterarbeit. Ziel ist es nicht, bestehende Defizite zu beklagen, sondern vorhandene Stärken und Möglichkeitsräume sichtbar und nutzbar zu machen. Der Freistaat, die Thüringer Gebietskörperschaften sowie lokale Akteure erhalten damit eine Handreichung, um zukunftsfähige Strategien gemeinsam (weiter) zu entwickeln und Maßnahmen abzuleiten. Im Foresight-Prozess wurden folgende zentrale Handlungsbereiche für die Stärkung teilhaberelevanter Rahmenbedingungen vor Ort identifiziert:

- **Governance und integrierte Planung im ländlichen Räumen.** Moderne Verwaltungen zeichnen sich durch unbürokratische Abläufe, einen vereinfachten Zugang zu Förderinstrumenten und die Intensivierung regionaler Kooperationen aus. Effizienzsteigerungen können erzielt werden mit datenbasiertem Monitoring, dem Einsatz strategischer Prognosen zur regionalen Steuerung sowie durch bereichsübergreifende Netzwerke und enge Kooperation.

- **Beteiligung, Demokratie und Zivilgesellschaft.** Breite gesellschaftliche Mitwirkung und Stärkung des sozialen Zusammenhaltes im ländlichen Räumen kann durch den nachhaltigen Ausbau von Bürger:innenbeteiligungsformaten, Maßnahmen zur Demokratiebildung sowie zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements gelingen.

[1] Ein Liste der teilnehmenden Organisationen und Gebietskörperschaften findet sich hier https://short-url.cc/1xe3k

- **Infrastrukturen in ländlichen Räumen.** Der Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie die Stärkung und Sicherstellung lokaler Versorgungsangebote ist eine wesentliche Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Räumen. Das kann erreicht werden durch die Weiterentwicklung von flexiblen Mobilitätsangeboten, Verbesserung der barrierefreien Erreichbarkeit von Angeboten und Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen und sozialen Grundversorgung.

- **Begegnungs- und Entwicklungsräume.** Ein niedrigschwelliger Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Infrastruktur kann gefördert werden, indem soziale Begegnungsorte und multifunktionale Räume geschaffen bzw. weiterentwickelt werden. Ansatzpunkte liegen insbesondere in der Aktivierung von Leerständen sowie in der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine flexible und multifunktionale Nutzung, um generationenübergreifende Angebote vor Ort zu stärken.

- **Regionale Wirtschaft und Arbeitsmarkt.** Die Stärkung der regionalen Wertschöpfung und Beschäftigungsfähigkeit kann durch Förderung von Unternehmensgründungen und Unterstützung von Unternehmensnachfolgen gelingen. Zentral ist hier die Verknüpfung von Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktintegration und regionalen Akteuren.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort II

Zusammenfassung V

1. Einführung 2

2. Handlungsfelder 4

2.1 Governance und integriere Planung in ländlichen Räumen 4

2.2 Beteiligung, Demokratie und Zivilgesellschaft 7

2.3 Infrastrukturen in ländlichen Räumen 10

2.4 Begegnungs- und Entwicklungsräume in ländlichen Regionen 13

2.5 Regionale Wirtschaft und Arbeitsmarkt als Zukunftsanker stärken 15

3. Ausblick 19

4. Autor:inneninformationen 21

1. Einführung

Als ländlich geprägtes Bundesland steht Thüringen vor der Herausforderung, trotz des demografischen Wandels, dem damit einhergehenden Bevölkerungsrückgang und den sich ändernden Bedarfen, gleichwertige Lebensverhältnisse sowie eine verlässliche Bildungs- und Sozialinfrastruktur für alle Bevölkerungsgruppen bedarfsgerecht aufrechtzuerhalten und das bei immer weniger werden den finanziellen Mitteln und einem massiven Einsparungsdruck. Entfremdungsgefühle in der Gesellschaft nehmen zu, verschärfen soziale und räumliche Ungleichheiten und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Immer mehr Menschen fühlen sich von der Gesellschaft abgekoppelt und ziehen sich zurück – nicht nur sozial benachteiligte Personen, sondern auch solche, denen es objektiv gut gehen sollte[2]. Es wird zunehmend schwieriger, gleichwertige Lebensverhältnisse, verstanden als eine mit der Mehrheitsgesellschaft vergleichbare Lebensqualität sowie ein Leben ohne Existenzängste und echte Teilhabemöglichkeiten zu schaffen. Eine weitere Herausforderung ist die geforderte ‚Zeitenwende' zur Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung im Sozialstaat, welche durch umfassende Strukturreformen erreicht werden soll.[3]

Die Akteur:innen des Freistaats Thüringen, der Thüringer Gebietskörperschaften, der freien Träger der Wohlfahrt sowie der Zivilgesellschaft stehen vor der Aufgabe, mittel- und langfristige Strategien, die sich aus den veränderten Anforderungen unter anderem in Pflege und Mobilität sowie aus Arbeits- und Fachkräftemangel ergeben, zu entwickeln. Diesen sich ständig weiterentwickelnden Herausforderungen kann prozess- und kooperationsorientiert begegnet werden. Unter den gegebenen Umständen kann es nicht primär um die Forderung nach zusätzlichen Ressourcen gehen. Stattdessen eröffnen sich Handlungsoptionen durch die effizientere Nutzung und Sicherung vorhandener Strukturen sowie durch die Stärkung von Koordination und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteur:innen. Der Freistaat Thüringen hat mit der „Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus und des Freistaats Thüringen zur Förderung der aktiven Inklusion von benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch die Entwicklung bedarfsgerechter Sozial- und Bildungsinfrastruktur – Sozialstrategierichtlinie"[4] ein zentrales Förderinstrument geschaffen. Im Rahmen integrierter und strategischer Planungsprozesse in den Gebietskörperschaften wird es ermöglicht, langfristige Ziele und Maßnahmen auf Basis lokaler Bedarfe zu definieren, Doppelstrukturen zu vermeiden und Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

[2] Vgl. Fischer, Jörg; Huber, Stefan (2024): Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe im Fokus der Wohlfahrtpflege. In: Wolf Rainer Wendt und Joachim Faulde (Hg.): Wohlfahrtspflege im ländlichen Raum. Herausforderungen für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Blätter der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft Sonderband, 2024), S 136.

[3] https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-der-sozialstaat-in-deutschland-64315.htm (10.07.2026)

[4] https://www.esf-thueringen.de/fileadmin/Richtlinien/Neu/Sozialstrategierichtlinie_finale_Fassung_31-07-2023.pdf

In Anlehnung an die Leitgedanken des Koalitionsvertrags 2024 - 2029 zwischen CDU, BSW und SPD – „Wir hören zu, tauschen uns aus und bringen unterschiedliche Sichtweisen zusammen, um die besten Lösungen zu finden." (S. 5) – wurde im Jahr 2025 ein mehrstufiger Foresight-Prozess entwickelt und durchgeführt. Dieser fand im Rahmen der Prozessbegleitung kommunaler Verwaltung sowie der freien Träger der Wohlfahrt im Kontext der Sozialstrategierichtlinie statt. Umgesetzt wurde der Prozess vom Institut für kommunale Planung und Entwicklung – An-Institut der Fachhochschule Erfurt (IKPE) in Kooperation mit dem „Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung (KOSS plus)" der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen. (vgl. Abb. 1). Ziel dieses Prozesses war es, proaktives gemeinsames Handeln für alle Akteur:innen zu ermöglichen, indem die Herausforderungen insbesondere der ländlichen Räume ganzheitlich betrachtet und Impulse zur Zukunftsgestaltung aufgezeigt werden.

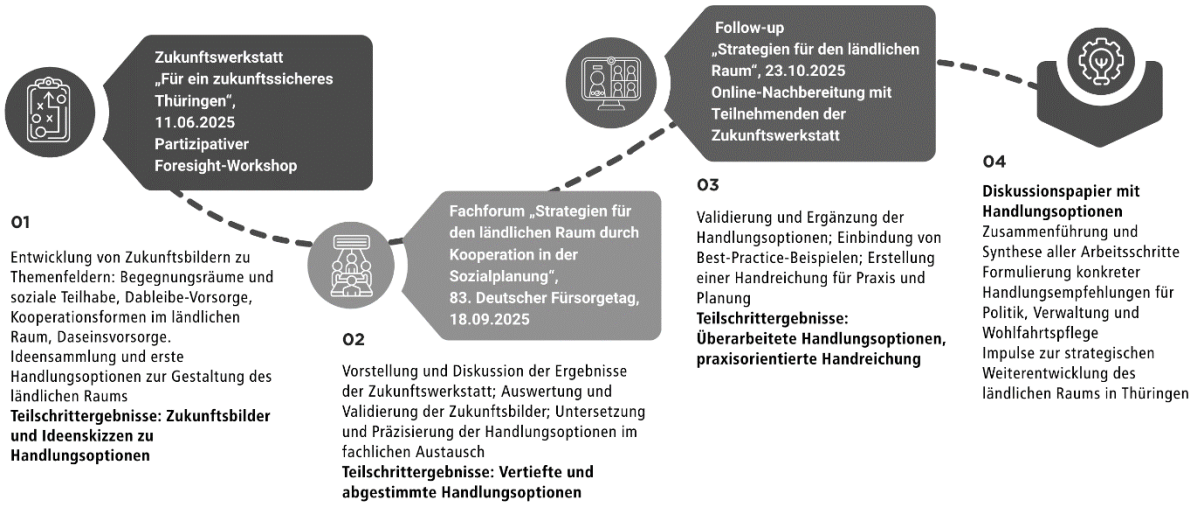


Abbildung 1: Vier Teilschritte des Foresight-Prozesses (Bild: Eigene Darstellung)

Startpunkt der Veranstaltungsreihe war die „Zukunftswerkstatt: Für ein zukunftssicheres Thüringen", die mit rund 70 Teilnehmenden aus Thüringer Kommunen, Wohlfahrtspflege, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft durchgeführt wurde. In vier Phasen der Werkstatt wurden relevante Einflussfaktoren bestimmt und Trendannahmen erarbeitet, sowie negative und positive Zukunftsszenarien entwickelt, aus denen erste mögliche Handlungsoptionen abgeleitet wurden. Im anschließenden Fachforum „Strategien für den ländlichen Raum durch Kooperation in der Sozialplanung" wurden die Zukunftsbilder einem Fachpublikum vorgestellt und mit Blick auf die Umsetzung diskutiert[5]. Der Austausch mit Expert:innen aus Praxis, Planung und Wissenschaft sowie mit Fachleuten aus verschiedenen Kommunen und Gebietskörperschaften aus ganz Deutschland, die ihre Erfahrungen im Rahmen eines Fachforums auf dem 83. Deutschen Fürsorgetags einbrachten,

[5] Weitere Informationen: https://www.ikpe-erfurt.de/zukunftswerkstatt-strategien-fuer-den-laendlichen-raum-durch-mehr-kooperation-in-der-sozialplanung

ermöglichte eine fundierte Weiterentwicklung und Abstimmung der Handlungsmöglichkeiten. Darauf aufbauend wurden im Rahmen eines Online-Follow-ups „Strategien für den ländlichen Raum" die Handlungsimpulse mit Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt abschließend validiert, ergänzt und durch ausgewählte Best-Practice-Beispiele konkretisiert.

Zusammengefasst und verdichtet, ergeben sich aus dem Beteiligungsprozess folgende fünf Themen, zu denen in diesem Diskussionspapier Handlungsoptionen als Impulse zur Stärkung und Entwicklung der ländlichen Räume formuliert werden:

1. Kooperationsstrukturen und Governance,
2. Infrastrukturen,
3. Begegnungs- und Entwicklungsräume,
4. Regionale Wirtschaft & Arbeitsmarkt,
5. Beteiligung, Demokratie und Zivilgesellschaft.

2. Handlungsfelder

Lösungen für die oben genannten Herausforderungen sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Die folgenden Handlungsoptionen mit praxisorientierten Diskussionsimpulsen zeigen mögliche Wege auf, um auf die Herausforderungen der ländlichen Räume zu reagieren. Diese basieren auf Ideen, Vorschlägen sowie bewährten Ansätzen und Projekten, die im Foresight-Prozess eingebracht und identifiziert wurden. Sie verstehen sich als Anregungen für die weitere Diskussion und als Ausgangspunkte, um diese gemeinsam zu konkretisieren und umzusetzen. **Adressat:innen** sind alle Akteur:innen in der Entwicklung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Gestaltungsmöglichkeit. Dazu zählen insbesondere der Freistaat Thüringen, die Gebietskörperschaften, die freien Träger, Institutionen auf Landesebene sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie sind aktiv mitgestaltende Partner:innen. In dieser Rolle bringen sie ihre jeweiligen Kompetenzen, Perspektiven, Ressourcen und Erfahrungen ein, wirken an kooperativen Lösungen mit und tragen gemeinsam zur Weiterentwicklung von integrierten (Planungs-)Ansätzen bei. Dennoch haben die Akteur:innen unterschiedliche Gestaltungsspielräume und -möglichkeiten, so kann etwa nur das Land Thüringen politische Rahmenbedingungen setzen. Das spiegelt sich in der Ansprache der Akteur:innen im Text wider.

2.1 Governance und integriere Planung in ländlichen Räumen

Kooperative Governance-Strukturen sind eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume. Verbindliche, integrierte Planung und Beteiligung sorgen für Effizienz, Akzeptanz sowie Wirksamkeit und schonen Ressourcen. Thüringen und seine Gebietskörperschaften verfügen mit dem Landesprogramm **Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)**, der **Sozialstrategierichtlinie** sowie dem Programm **Thüringer Präventionsketten** bereits über geeignete Instrumente, die

jedoch bislang noch nicht überall durchgängig bzw. in vollem Umfang genutzt werden. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Verstetigung der strategischen Sozialplanung sowie der integrierten kommunalen Sozialplanung unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips (S. 72) würde daher ein wichtiges politisches Signal zur nachhaltigen Stärkung der integrierten Sozialplanung setzen. Dadurch würde eine proaktiv beteiligungsorientierte und vernetzt agierende kommunale Planung befördert, die einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung kommunaler Handlungsfähigkeit und Agilität leistet, Handlungsspielräume jenseits rein monetärer Maßnahmen eröffnet und die strategische Platzierung zentraler sozialpolitischer Themen auf der politischen Agenda ermöglicht. Eine solche Planung kann damit keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern muss ein struktureller Bestandteil zukunftsfähiger kommunaler Steuerung sein.

- **Kommunale Handlungsspielräume und Selbstbestimmung stärken**

Akteur:innen: Land

Das Land Thüringen kann diese Entwicklungen unterstützen, indem Verfahren pragmatisch weiterentwickelt und Finanzierungen verlässlicher sowie langfristiger ausgestaltet werden. Vieles ist bereits angelegt, knüpft jedoch häufig noch an Zuständigkeiten und projektbezogene Logiken an, statt konsequent von den tatsächlichen Bedarfslagen auszugehen. Gerade für ländliche Räume können vereinfachte, langfristige und flexible Förderinstrumente dazu beitragen, Kooperationen zu stärken und Innovationen zu erleichtern. Mehrjährige Budgets, Pauschalförderungen und themenübergreifende Programme bieten hier zusätzliche Planungssicherheit und können bürokratische Aufwände reduzieren. Zugleich besteht die Möglichkeit, bewährte Angebote und Projekte breiter zugänglich zu machen – unabhängig von den finanziellen Spielräumen einzelner Landkreise und kreisfreier Städte –, etwa durch ein stärkeres Anknüpfen an bestehende Programme und Initiativen in den Gebietskörperschaften.

> **Impulse für die Praxis:** *In Thüringen ist dieser Schritt schon einmal gelungen. Aufbauend auf den Erfahrungen der Armutspräventionsstrategie wurde die Familienpolitik neu ausgerichtet. In jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt werden Maßnahmen lokal bedarfsgerecht geplant und umgesetzt. Das Thüringer Gesetz zur Sicherung der Familienförderung stellt sicher, dass Planungsstrukturen und Angebote finanziert werden können.*

- **Stärkung des Rollenverständnisses der Verwaltung als aktive Partnerin in Entwicklungsprozessen**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften

Thüringen verfügt mit seiner kleinteiligen Kommunalstruktur und der starken Rolle der Landkreise über gute Voraussetzungen, um kooperative Governance-Strukturen sozialräumlich anschlussfähig

weiter zu entwickeln. Vieles, was dafür notwendig ist, kann gezielt ausgebaut werden – etwa durch eine Verwaltungskultur, die Zusammenarbeit erleichtert und Entwicklung aktiv unterstützt. Ansätze wie Entbürokratisierung, digitale Zugänge, klare Zuständigkeiten und eine enge Abstimmung zwischen den Ämtern tragen dazu bei, die Handlungsfähigkeit vor Ort weiter zu festigen. Verwaltung übernimmt dabei zunehmend eine moderierende, beratende und vernetzende Rolle in der regionalen Entwicklung. Auf dieser Grundlage kann eine klare landesweite Rahmensetzung mit sozialraumorientierter Koordination auf Landkreisebene und passgenauer Umsetzung in den Kommunen dazu beitragen, vorhandene Ressourcen noch wirksamer zu bündeln. So lässt sich an bestehende Stärken anknüpfen und weiterentwickeln, wie integrierte Sozial- und Regionalplanung auch unter anspruchsvollen demografischen und finanziellen Bedingungen gut gelingen kann.

> Impulse für die Praxis: *Zur Unterstützung von Vereinen und Initiativen können Lotsenstellen für Förder- und Projektberatung eingerichtet, ämter- und fachbereichsübergreifende Projektteams gebildet und (digitale) One-Stop-Shops als zentrale Anlaufstellen geschaffen werden. Im One-Stop-Shop werden Informationen, Beratung und Leistungen gebündelt und interne Abläufe im Hintergrund koordiniert. Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen, Wege zu verkürzen und den Zugang zu Leistungen nutzerfreundlicher, transparenter und effizienter zu gestalten. Mit dem Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen (ThAVEL) ist ein wichtiger Schritt schon getan. Ergänzend tragen Fortbildungen zu einer kooperativen Verwaltungskultur bei und stärken die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft.*
>
> *Instrumente wie Sozialraumbudgets oder regionales Förderbudget mit freier Schwerpunktsetzung ermöglichen Förderung lokaler Initiativen oder Nachbarschaftsprojekte, wenn sich Bedarfe im Quartier verändern. Dadurch können passgenaue Lösungen gemeinsam mit Akteur:innen vor Ort entwickelt werden, ohne langwierige Antrags- und Genehmigungsprozesse*

- **Gemeinsam planen statt kleinteilig steuern**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger

Eine weitere Stärkung integrierter und sozialraumorientierter Planungsprozesse kann Kommunen dabei unterstützen, vorhandene Daten, Trends und Prognosen noch gezielter für eine bedarfsorientierte Ressourcensteuerung zu nutzen. Vieles davon ist bereits angelegt und lässt sich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Trägern weiter vertiefen – etwa indem Wissen systematisch geteilt, gebündelt und ein gemeinsames Verständnis von zielgruppen- und sozialraumspezifischen Bedarfen entwickelt wird. So kann Planung noch stärker vorausschauend

ausgerichtet werden und dazu beitragen, auf demografische, soziale oder infrastrukturelle Veränderungen frühzeitig und abgestimmt zu reagieren.

> **Impulse für die Praxis:** *Thüringen ist bereits einen weiten Weg gegangen, was die Sozialberichterstattung betrifft, hier sind der Fokus auf eine möglichst kleinteilige Ebene wichtig, der Auf- bzw. Ausbau integrierter Datenplattformen für Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdaten sowie die Verknüpfung quantitativer Analysen mit Bürgerdialogen und Zukunftswerkstätten.*

- **Vernetzung und Austausch in ländlichen Regionen gezielt stärken**

Akteure:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger, Wirtschaft

Eine enge Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bildet die Grundlage für resiliente Strukturen und innovative Lösungsansätze. Diese Grundlage kann durch die Nutzung bestehender Formate, etwa lokale Steuerungsgruppen, in der integrierten Sozialplanung gezielt zu tragfähigen Netzwerken ausgebaut werden. Solche Netzwerke bündeln fachliches Wissen, räumliche Ressourcen und bürgerschaftliches Engagement. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Aktivierung lokaler Potenziale und gemeinsamer Entwicklung neuer Ideen und fördern die Identifikation im Sinne des Leitbildes „von der Region, für die Region". Landkreise übernehmen dabei eine koordinierende Rolle, während Kommunen als zentrale Orte der Umsetzung gestärkt werden. Gemeinsame Zielbilder und abgestimmte Maßnahmen erhöhen Wirksamkeit, Effizienz und Akzeptanz politischer Entscheidungen.

> **Impulse für die Praxis:** *Regionale Entwicklungsbudgets ermöglichen eine flexible und bedarfsorientierte Förderung von Projekten auf regionaler Ebene. Eine gemeinsam besetzte Steuerungsgruppe aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft stellt dabei sicher, dass Prioritäten transparent gesetzt, unterschiedliche Perspektiven einbezogen und Entscheidungen kooperativ getroffen werden. So werden regionale Potenziale besser genutzt, Verantwortlichkeiten geteilt und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel erhöht.*

2.2 Beteiligung, Demokratie und Zivilgesellschaft

Eine funktionierende Demokratie vor Ort lebt von aktiver Beteiligung, einer starken Zivilgesellschaft und verlässlichen Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen. Bürger:innenbeteiligung, lebensphasenorientierte Demokratiebildung und ehrenamtliches Engagement tragen wesentlich zu sozialem Zusammenhalt, lokaler Identität und Vertrauen in politische Prozesse bei. Besonders wichtig ist dabei die Einbindung bislang unterrepräsentierter

Gruppen, darunter Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig gilt es, demokratische Strukturen vor extremistischen Einflüssen zu schützen. Der Freistaat Thüringen kann durch klare Rahmenbedingungen, institutionelle Unterstützung und gezielte Förderprogramme die Grundlage für eine nachhaltige demokratische Kultur stärken und absichern.

- **Bürger:innenbeteiligung fördern und fordern**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger

Das Etablieren von Beteiligung als dauerhaftes Element kommunaler Steuerung in Thüringer Kommunen, anstatt einmaliger und punktueller Einbindung fördert langfristig das Interesse an Mitgestaltung innerhalb der Bevölkerung. Transparente Strukturen, nachvollziehbare Entscheidungswege und regelmäßige Rückmeldungen zu Wirkung und Einfluss von Beteiligung stärken das Vertrauen der Bürger:innen in kommunale Planungsprozesse. Analoge und digitale Beteiligungsformate können die Reichweite erhöhen, unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigen und das Engagement sowie Interesse an der Mitgestaltung des eigenen Quartiers anregen. Besonders wichtig ist, die Ermöglichung einer niedrigschwelligen und möglichst barrierefreien Beteiligung, die auch Menschen ohne formales Wahlrecht offensteht und demokratische Teilhabe möglichst inklusiv gestaltet.

> **Impulse für die Praxis***: Dass dies gelingen kann, zeigt sich bei der Erstellung und Umsetzung der ESF Plus geförderten kommunalen Sozialstrategien. Dort werden niedrigschwellige und sozialraumbezogene Beteiligungsformate eingesetzt, wie etwa Sozialraumkonferenzen, die den direkten Austausch zwischen Verwaltung, Trägern und Bewohnerschaft ermöglichen und lokale Bedarfe sichtbar machen. Temporäre Begegnungsorte wie Pop-up-Stores als Begegnungscafés in Erfurt oder das Begegnungszentrum „Milchhalle" in Schmalkalden schaffen Zugänge für Zielgruppen, die klassische Beteiligungsformate kaum erreichen und eröffnen damit neue Perspektiven und mögliche Lösungsansätze[6].*

- **Demokratiebildung über alle Lebensphasen fördern**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger

Demokratiekompetenzen entwickeln sich früh und über das ganze Leben hinweg. Kitas und Schulen bilden dafür die Grundlage, ergänzt durch außerschulische Angebote, Kinder- und Jugendbeteiligung und Erwachsenenbildung. Ziel ist es, politische Zusammenhänge verständlich zu machen,

[6] Vgl. Strüning, Josefine; Huber, Stefan; Kley, Christin (2025): Kommunen im Dialog I: Wie Beteiligung in Planungsprozessen gelingen kann. Eine Handreichung für Sozialplaner*innen. Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. An-Institut der FH Erfurt (IKPE). Erfurt. (01.08.2025)

Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu stärken. Niedrigschwellige, wohnortnahe und lebensweltbezogene Angebote sind insbesondere in ländlichen Regionen wichtig, wo der Zugang zu politischen Bildungsangeboten begrenzt sein kann. So wird soziale Teilhabe direkt mit politischer Mitwirkung verknüpft.

> **Impulse für die Praxis***: Innovative Beteiligungsformate aufgreifen. Die Kinder- und Jugendkonferenz „Zukunftsstimmen: Jetzt sind wir gefragt!" im Wartburgkreis zeigt, wie Beteiligung junger Menschen gelingen kann. Das vom Jugendamt des Wartburgkreises und der Bertelsmann-Stiftung organisierte Format setzte auf einen Peer-to-Peer-Ansatz und förderte den direkten Austausch zwischen Kindern, Jugendlichen, Politik und Verwaltung. Die eingebrachten Anliegen wurden von den politischen Vertreter:innen positiv aufgenommen und sollen in die weitere Arbeit einfließen. Zugleich entstand der Impuls, das Konferenzformat als regelmäßiges Beteiligungsangebot zu verstetigen.*

- **Vielfalt, Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe sichern**

Akteur:innen: Land

Demokratische Mitwirkung muss die Vielfalt der Gesellschaft abbilden. Beteiligungsmöglichkeiten sind daher gezielt auf bislang unterrepräsentierte Gruppen auszurichten – darunter Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte. Strukturelle Förderung von Integration, Inklusion und Willkommenskultur stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Klare Standards, ausreichende Ressourcen und eine gezielte Ansprache unterschiedlicher Lebenslagen schaffen die Voraussetzungen, damit demokratische Teilhabe für alle möglich wird.

> **Impulse für die Praxis:** *Verstetigung von integrierter Sozialplanung fördert Inklusion. Die partizipativ angelegten kommunalen Sozialstrategien verfolgen ein weit gefasstes Verständnis von aktiver Inklusion, als umfassender Prozess, der gleichberechtigte Teilhabe, den Abbau von Barrieren, die Verbesserung von Chancengerechtigkeit sowie die bedarfsgerechte Gestaltung sozialer Infrastrukturen umfasst. Die Strategien verfolgen einen universell ausgerichteten Ansatz, der sowohl die gesamte Bevölkerung als auch Personengruppen mit erhöhtem Exklusionsrisiko in den Blick nimmt.*

- **Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement stärken**

Akteur:innen: Land

Ehrenamt ist ein zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens im ländlichen Räumen. Engagementstrukturen müssen langfristig gesichert, Ehrenamtliche entlastet und verlässlich unterstützt werden. Dazu gehören der Abbau bürokratischer Hürden, vereinfachte Förderzugänge,

gezielte Nachwuchsförderung und eine wertschätzende Anerkennungskultur. Strukturelle Unterstützungsangebote wie Anlaufstellen, Qualifizierung oder Koordination stabilisieren die Arbeit von Vereinen und Initiativen, erschließen neue Zielgruppen und stärken lokale Verantwortung, fördern Innovation und tragen dazu bei, demokratische Grundwerte zu schützen.

> **Impulse für die Praxis:** *In Thüringen stärken bereits jetzt 16 Freiwilligenagenturen das bürgerschaftliche Engagement vor Ort. Sie vermitteln zwischen engagierten Menschen und gemeinwohlorientierten Organisationen, beraten Freiwillige und Vereine, fördern Vernetzung und Qualifizierung und unterstützen bei der Gewinnung sowie Begleitung Ehrenamtlicher. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung einer lebendigen Engagementkultur und einer aktiven Bürgergesellschaft.*

2.3 Infrastrukturen in ländlichen Räumen

Bedarfsgerechte Infrastrukturen wie beispielsweise die Mobilitäts-, Bildungs- und medizinischen Versorgungsnetzwerke sind die Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabe in den ländlichen Räumen. Kommunale Infrastrukturentwicklung sowie die Entwicklung der Angebote der freien Träger müssen sich konsequent an den Bedarfen der Menschen vor Ort orientieren und demografische und soziale Veränderungen berücksichtigen. Hier bedarf es einer konsequenten Einbindung der Träger, um gemeinsame Ziele und Entwicklungen abzustimmen. Familienfreundliche, barrierearme und wohnortnahe Angebote der Daseinsvorsorge stärken Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt, sowie regionale Attraktivität und schaffen somit Bleibe- und Rückkehrperspektiven. Zugleich leisten soziale Infrastrukturen einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume. Sie fördern Familienfreundlichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe, schaffen verlässliche Unterstützungsangebote für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und stärken die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Qualitätskriterien wie Barrierearmut baulicher, sensorischer und sprachlicher Art sind im digitalen wie im analogen Raum Zugangsvoraussetzungen für Teilhabe und somit als Qualitätsstandard zu verankern.

- **Mobilität als Voraussetzung für Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe im ländlichen Raum. Zukunftsfähige Mobilitätsangebote sind konsequent an die Bedarfe der Menschen vor Ort anzupassen, um so Erreichbarkeit unabhängig von Alter, Einkommen oder

Mobilitätseinschränkungen zu gewährleisten. Flexible, bezahlbare und barrierearme Mobilitätslösungen für den öffentlichen Personennahverkehr tragen dazu bei, Versorgungslücken zu schließen sowie die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Voraussetzung für eine wirksame Umsetzung sind enge Kooperationen zwischen Kommunen, Verkehrsverbünden, Mobilitätsanbietern und Menschen vor Ort.

> **Impulse für die Praxis**: *On-Demand-Busangebot wie der KomBusFlex im Saale-Orla-Kreis*[7] *und dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt oder flexo in der Region Braunschweig*[8] *erstellen flexible Routen, angepasst an den tatsächlichen Beförderungsbedarf, welcher per Anruf oder Buchung erhoben wird. Solche Angebote sind besonders für weniger frequentierte Strecken eine attraktive Ergänzung oder Alternative.*

- **Digitale Infrastruktur stärken und digitale Teilhabe ermöglichen**

Akteur:innen Land, Gebietskörperschaften

Digitale Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil moderner Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Der gezielte Ausbau digitaler Netze sowie die Verbindung digitaler und analoger Angebote schaffen neue Zugänge zu Bildung, Information, Beratung und Versorgung. Digitale Grundbildung für alle Bevölkerungsgruppen ist dabei Voraussetzung, um digitale Teilhabe sozial gerecht zu gestalten und neue Ungleichheiten zu vermeiden.

- **Daseinsvorsorge wohnortnah, barrierearm und zukunftssicher gewährleisten**

Akteur:innen Land, Gebietskörperschaften, freie Träger, Wirtschaft

Verlässliche und bedarfsgerechte soziale und medizinische Versorgung sind Kernbestandteile öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Dazu gehören zudem insbesondere soziale Infrastrukturen wie Beratungs-, Unterstützungs-, Betreuungs-, Pflege- und Teilhabeangebote, welche hierbei einen wichtigen Beitrag zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort leisten. Niedrigschwellige, gut erreichbare Angebote, mobile Dienste und passgenaue Versorgungsmodelle tragen dazu bei, Versorgungslücken zu schließen und Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu unterstützen. Gemeindepflegekräfte oder vergleichbare Ansätze können als verbindende Schnittstellen zwischen medizinischer Versorgung, Pflege und kommunaler Infrastruktur wirken. Eine starke soziale Infrastruktur ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für einen handlungsfähigen Sozialstaat. Präventive, wohnortnahe und bedarfsgerechte Angebote können dazu beitragen, individuelle

[7] https://www.kombus-online.eu/angebote/kombus-flex/wie-funktioniert-kombus-flex/
[8] https://www.flexo-bus.de

Problemlagen frühzeitig aufzufangen, soziale Teilhabe zu stärken und langfristig steigende Sozial- und Folgekosten zu begrenzen.

> **Impulse für die Praxis**: *Die durch bereits etablierte Beratungsstellen geschaffenen Räume und Zugänge können genutzt werden, um ergänzende Angebote niedrigschwellig an die jeweiligen Zielgruppen heranzutragen. Ein Beispiel für die erfolgreiche Ausweitung bestehender Beratungsangebote durch die Kooperation mit Netzwerkpartnern bietet das ThINKA-Projekt Bleicherode-Sollstedt[9]. Dort werden die Projekträumlichkeiten nicht nur für die eigenen Beratungsangebote genutzt, sondern auch von freien und kommunalen Trägern für ergänzende Beratungs- und Unterstützungsangebote.*

- **Barrierearmut und Zugänglichkeit als Infrastrukturstandards verankern**

Akteur:innen Land, Gebietskörperschaften, freie Träger, Wirtschaft

Ein zukunftsfähiger ländlicher Raum erfordert Infrastrukturen, die für alle Menschen zugänglich und nutzbar sind. Ein zentraler Ansatz besteht darin, Barrierearmut und Zugänglichkeit als verbindliche Qualitätsstandards in Planung, Umsetzung und Kommunikation von Infrastrukturmaßnahmen zu verankern.

Barrierearme bauliche Gestaltung, verständliche Kommunikation sowie digitale und analoge Zugänge tragen dazu bei, Teilhabe besonders für Menschen mit Behinderung sowie ältere Menschen zu sichern. Barrierefreiheit wirkt dabei als Querschnittsprinzip, das alle Bereiche der Daseinsvorsorge betrifft. Voraussetzung für eine konsequente Umsetzung sind klare Standards, ausreichende Ressourcen und eine frühzeitige Berücksichtigung von Barrierearmut in kommunalen Planungsprozessen, auch über bauliche Aspekte hinaus. Damit wird Infrastruktur nicht nur inklusiver, sondern insgesamt zukunftsfester gestaltet.

> **Impulse für die Praxis:** *Die konsequente Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention [10] beschlossenen Maßnahmen zur Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren für unter anderem Gebäude, Straßen, Transportmittel, sowie Informations- und Kommunikationsdienste. Mit den partizipativ entwickelten kommunalen Maßnahmenplänen zur Umsetzung der UN-BRK haben die Thüringer Gebietskörperschaften einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung von Barrierefreiheit und verbesserter gesellschaftlicher Teilhabe unternommen. Zur Erarbeitung*

[9] https://www.sollstedt.de/news/1/814533/nachrichten/thinka-ihre-beratungsstelle-in-sollstedt.html

[10] Siehe Art. 9 UN-Behindertenrechtskonvention https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf

dieser Maßnahmenpläne wurden die Fördermöglichkeiten der Sozialstrategierichtlinie genutzt.

2.4 Begegnungs- und Entwicklungsräume in ländlichen Regionen

Begegnungs- und Entwicklungsräumen kommt vor dem Hintergrund demografischer und struktureller Veränderungen wie zunehmender Vereinzelung und Alterung im ländlichen Raum eine wachsende Bedeutung zu. Multifunktional und dauerhaft gemeinschaftlich nutzbar, stärken sie soziale Teilhabe und Verbundenheit, ermöglichen soziale Interaktion, bürgerschaftliches Engagement und niedrigschwellige und präventive Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.

Dabei stehen insbesondere die Verwendung und Weiterentwicklung bestehender Infrastrukturen im Mittelpunkt. Leerstände und ungenutzte Gebäude bieten vielfältige Potenziale, um Orte für Begegnung, Beratung, Service sowie Kultur- und Bildungsangebote in den Kommunen neu zu gestalten. Durch kooperative Trägerschaften und flexible Nutzungskonzepte können vorhandene Ressourcen gebündelt, kommunale Handlungsspielräume erweitert und dauerhafte Ermöglichungsstrukturen für die soziale Teilhabe geschaffen werden. Eine zusätzliche Dimension gewinnen die Räume durch digitale und hybride Verwaltungsformate (z.B. digitales Raummanagement, mobile Sprechstunden oder komplette digitale Dorfplattformen). Sie können ihre Reichweite erhöhen und sie so für einen breiteren Kreis von Akteur:innen sowie gesellschaftlichen Gruppen inklusiv und zugänglich machen.

- **Räume ermöglichen, Nutzung flexibilisieren und lokale Initiativen befähigen**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger und zivilgesellschaftliche Initiativen, Wirtschaft und Wirtschaftsvertretungen

Räume in ländlich geprägten Regionen sollten als flexible und multifunktionale soziale Infrastruktur entwickelt werden, damit lokale Akteure soziale Teilhabe, Begegnung und Daseinsvorsorge eigenständig gestalten können. Dafür braucht es insbesondere transparente und verlässliche Rahmenbedingungen. Neue Potenziale für soziale Orte und gemeinschaftliches Engagement entstehen vor allem durch die Aktivierung von Leerständen, flexible Zwischen- und Mehrfachnutzungen sowie die schrittweise Erprobung und Weiterentwicklung von Nutzungskonzepten. Dem stehen jedoch häufig starre rechtliche Vorgaben, komplexe Genehmigungsverfahren, enge Förderbedingungen und Zweckbindungen entgegen. Entscheidend ist daher, diese Hemmnisse abzubauen und Kommunen sowie engagierten Akteuren ausreichende Handlungsspielräume zu eröffnen. Vereinfachte Verfahren und ermöglichende rechtliche sowie

förderpolitische Rahmenbedingungen können Innovationen, Anpassungsfähigkeit und eine bedarfsgerechte lokale Entwicklung unterstützen.

> **Impulse für die Praxis**: *Der schrittweise Umzug der etablierten gemeinnützigen Frauenbildungs- und Begegnungsstätte ko-ra-le*[11] *aus einem bisher von sozialen Einrichtungen belegten Gebäude in einen ehemaligen Einzelhandelsleerstand im Zentrum von Heilbad Heiligenstadt schafft einen gut sichtbaren und niedrigschwellig zugänglichen Ort für Begegnungs-, Beratungs-, Bildungs- und Gesundheitsangebote. Der neue Standort eröffnet vielfältige Möglichkeiten für multifunktionale und generationenübergreifende Formate, verdeutlicht zugleich aber auch strukturelle Herausforderungen bei der Umwandlung leerstehender Ladenflächen, etwa in Bezug auf bauliche Anforderungen, Betriebskosten und langfristige finanzielle Tragfähigkeit.*

- **Soziale Begegnungsräume zur Förderung von Gemeinschaft, Teilhabe und Zugehörigkeit stärken**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, freie Träger, Wirtschaft und Wirtschaftsvertretungen

Zentrale Anlaufstellen und Treffpunkte können als soziale Knotenpunkte wirken, die Begegnung ermöglichen, Engagement bündeln und niedrigschwellige Angebote koordinieren. Ihre Bedeutung wächst insbesondere vor dem Hintergrund, dass vielerorts im ländlichen Raum traditionelle Orte des Austauschs und der Begegnung, wie etwa Cafés, Gaststätten, Jugendclubs oder andere informelle Treffpunkte, durch Schließungen wegfallen. Ein besonderer Fokus sollte auf generationenübergreifenden Formaten sowie präventiven Angeboten gegen Einsamkeit liegen, die an lokale Bedarfe angepasst werden. Mobile und aufsuchende Angebote können die Reichweite zusätzlich erhöhen, insbesondere in dünn besiedelten Regionen.

> **Impulse für die Praxis:** *Öffentliche Bibliotheken können als zentrale, niedrigschwellig zugängliche Begegnungs-, Lern- und Informationsorte für unterschiedliche soziale Gruppen weiterentwickelt werden. Besonders in ländlichen Regionen fallen oft andere Bildungs-, Kultur- und Treffpunkte weg. Bibliotheken bündeln wichtige Funktionen an einem Ort und bieten Kindern, Familien, Jugendlichen, älteren Menschen aber auch neu Zugewanderten Räume für Bildung, Austausch, digitale Teilhabe und gemeinschaftliche Aktivitäten. Da Bibliotheken in vielen Herkunftsländern als öffentlich zugängliche Bildungs- und Gemeinschaftsorte bekannt sind, können sie insbesondere für neu Zugewanderte einen vertrauten institutionellen Anknüpfungspunkt bieten. Mehrsprachige Medien, Gesprächsgruppen und Kooperationen mit Beratungsstellen und Ehrenamtlichen erleichtern*

[11] https://ko-ra-le.com/

Orientierung, fördern soziale Kontakte und bündeln Informationswege. Ein Beispiel ist das Inter-KULTUR-Labor der Stadtbibliothek Osterode am Harz[12], mit dem die Bibliothek zu einem nicht kommerziellen, interkulturellen Begegnungs-, Bildungs- und Kulturort für alteingesessene und neu zugezogene Menschen weiterentwickelt wurde.

- **Räume der Ansprache, des Zuhörens und der sozialen Begleitung dauerhaft institutionalisieren**

Akteur:innen: Gebietskörperschaften, freie Träger, Wirtschaft und Wirtschaftsvertretungen

Neben räumlicher Infrastruktur sind personenbezogene Ansprache- und Begleitstrukturen entscheidend für eine bürgernahe Daseinsvorsorge. Geschütze Räume des Zuhörens ermöglichen es, lokale Bedarfe frühzeitig wahrzunehmen, Vertrauen aufzubauen und Menschen Orientierung zu geben. Feste Ansprechpersonen vor Ort erleichtern Zugänge zu Unterstützungsangeboten und fördern die Vernetzung zwischen Kommune, sozialen Diensten und Ehrenamt.

Impulse für die Praxis*: Kommunal angebundene Koordinationsstellen und Dorfkümmerer:innen unterstützen thüringenweit ehrenamtliche Projekte und soziale Initiativen durch Beratung, Vernetzung und aufsuchende Begleitung. Sie bieten niedrigschwellige Ansprechstrukturen, Räume für vertrauliche Gespräche und individuelle Unterstützung an, sind in bestehenden Einrichtungen oder direkt im Sozialraum verankert und stärken damit soziale Teilhabe sowie den Zugang zur lokalen sozialen Infrastruktur.*

2.5 Regionale Wirtschaft und Arbeitsmarkt als Zukunftsanker stärken

Ohne Wirtschaft gibt es keine soziale Infrastruktur – und ohne soziale Infrastruktur keine Wirtschaft. Dieser Grundsatz beschreibt eine strukturelle Wechselbeziehung, die für die Zukunft ländlicher Räume in Thüringen entscheidend ist. Eine leistungsfähige regionale Wirtschaft sichert Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und damit die materielle Grundlage sozialer Daseinsvorsorge. Umgekehrt sind attraktive Lebensbedingungen, verlässliche Betreuungsinfrastruktur, Mobilität und kulturelle Angebote zentrale Standortfaktoren für Unternehmen und Fachkräfte. Wirtschaft und Sozialentwicklung sind daher nicht als getrennte Handlungsfelder zu verstehen, sondern als wechselseitig abhängige Dimensionen einer integrierten Standortpolitik.

Als Transformationsland verfügt Thüringen über besondere Potenziale: eine mittelständisch geprägte Wirtschaft, eine starke Handwerkstradition, kleinteilige Betriebsstrukturen sowie wachsende

[12] https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/detail/inter_kultur_labor_osterode.html

kreative, digitale und gemeinwohlorientierte Geschäftsmodelle. Diese Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Stärke – sie bietet Ansatzpunkte für regionale Wertschöpfung, Fachkräftebindung und die Entwicklung neuer, sozial eingebetteter Wirtschaftsformen. Durch eine integrierte Standortpolitik, die Lebensqualität, soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung zusammendenkt, kann Thüringen ländliche Räume langfristig als attraktive Arbeits- und Lebensorte positionieren.

Die folgenden Handlungsoptionen gliedern sich in fünf eng miteinander verbundene Bereiche: die Einbindung der Wirtschaft als Partnerin der Sozialentwicklung, eine ganzheitliche Fachkräftestrategie, die Unterstützung von Gründungen und Nachfolgen, die Förderung sozialer und gemeinwohlorientierter Ökonomie sowie die Weiterentwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung.

- **Regionale Wirtschaft als Partnerin der Sozialentwicklung einbinden**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretungen, freie Träger

Die Zusammenarbeit von Unternehmen, Kommunen, Wohlfahrtspflege und Bildungsträgern muss systematisch gefördert werden, um regionale Wertschöpfung und soziale Stabilität gemeinsam zu sichern. Kooperationen entlang von Ausbildung, Qualifizierung, Arbeitsmarktintegration und Vereinbarkeit stärken sowohl die Betriebe als auch die soziale Infrastruktur vor Ort. Unternehmen sind dabei nicht nur Beschäftigende, sondern aktive Mitgestaltende des sozialen Lebens in der Region – etwa durch betriebliche Kinderbetreuung, die Förderung von Ehrenamt oder die Bereitstellung von Räumen für gemeinschaftliche Nutzung.

Damit diese Partnerschaften entstehen und dauerhaft tragfähig werden, braucht es strukturelle Verankerung: auf Landesebene durch politische Rahmensetzung und Förderlogiken, die Wirtschaft und Sozialplanung zusammendenken, auf kommunaler Ebene durch feste Koordinationsstrukturen und gemeinsam besetzte Steuerungsgremien.

> **Impulse für die Praxis***: Kooperationen zwischen Unternehmen und sozialen Trägern zur Integration von Fachkräften und langzeitarbeitslosen Personen, etwa über geförderte Praktikums- und Qualifizierungsmodelle; regionale Ausbildungsverbünde, die kleinere Betriebe zusammenführen und so gemeinsam vollständige Ausbildungsgänge anbieten können; gemeinsame Fachkräfteinitiativen von Wirtschaftskammern, Kommunen und Wohlfahrtsträgern, wie sie etwa im Rahmen der Fachkräftestrategie des Thüringer Paktes für Wachstum und Arbeitsplätze[13] angestoßen werden.*

[13] https://soziales.thueringen.de/arbeit/fachkraefte/fachkraeftestrategie

- **Fachkräftegewinnung ganzheitlich denken**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretungen, freie Träger

Fachkräfte entscheiden sich nicht nur für Arbeitsplätze, sondern für Lebensorte. Gute Infrastruktur, verlässliche Daseinsvorsorge, flexible Arbeitsmodelle, Mobilität und kulturelle Angebote sind zentrale Standortfaktoren, die kommunale Standortpolitik und wirtschaftliche Entwicklung zusammenführen müssen.

Eine zukunftsfähige Fachkräftestrategie muss darüber hinaus die Integration zugewanderter Fachkräfte aktiv einschließen. Gerade in Thüringen ist die Gewinnung und Bindung internationaler Fachkräfte – und die dafür notwendige soziale Infrastruktur – eine der drängendsten Aufgaben. Sprach- und Integrationsangebote, Beratungsstrukturen für Zugewanderte und eine aktive Willkommenskultur sind damit nicht nur sozialpolitische, sondern ebenso wirtschaftspolitische Investitionen.

> **Impulse für die Praxis***: Welcome-Center für Neubürger:innen und internationale Fachkräfte mit mehrsprachiger Beratung zu Wohnen, Schule, Behörden und Arbeitsrecht, wie das landesweite Welcome Center Thuringia der ThAFF[14] oder das kommunale Welcome Center Jena[15]; betriebsnahe und flexible Kinderbetreuung in Kooperation mit lokalen Trägern; kommunale Wohnraumstrategien für Beschäftigte und Angehörige; Familienfreundlichkeitszertifikate für Unternehmen; interkulturelle Mentoringprogramme zur Begleitung zugewanderter Fachkräfte in den ersten Monaten.*

- **Gründungen und Unternehmensnachfolgen gezielt unterstützen**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretungen

Betriebsgründungen und -nachfolgen sichern Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die wirtschaftliche Versorgungsstruktur im ländlichen Raum. Gerade in kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen und familiengeführten Betrieben besteht erheblicher Nachfolgebedarf, der ohne gezielte Unterstützung zu Betriebsschließungen und dem Verlust lokaler Infrastruktur führt. Beratung, Förderprogramme und regionale Netzwerke erleichtern Übergänge und reduzieren Risiken für beide Seiten – Übergeber:innen wie Übernehmer:innen.

> **Impulse für die Praxis:** *Regionale Nachfolgebörsen, wie sie etwa durch die Thüringer Aufbaubank[16] und das ThEx-Kammernetzwerk Unternehmensnachfolge[17] begleitet werden; Gründerzentren im ländlichen Räumen, die Bürofläche, Infrastruktur und Beratung bündeln;*

[14] https://www.leg-thueringen.de/fachkraefte/thueringer-agentur-fuer-fachkraeftegewinnung/
[15] https://www.ihk.de/gera/magazin/region/jena-welcome-5497038
[16] https://www.aufbaubank.de/Unternehmen/Unternehmensnachfolge
[17] https://thex.de/nachfolge

Mentoringprogramme zwischen erfahrenen Unternehmer:innen und Gründer:innen; vereinfachte Landesförderung für Kleinstgründungen und Nachfolgen mit besonderen regionalen Versorgungsfunktionen (z.B. Dorfläden, Handwerksbetriebe, Pflegedienste).

- **Soziale und gemeinwohlorientierte Ökonomie als regionales Potenzial entwickeln**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretungen, freie Träger

Genossenschaften, Sozialunternehmen, gemeinwohlorientierte Betriebe und Einrichtungen der sozialen Landwirtschaft sind wirtschaftliche Akteure, die Wertschöpfung und soziale Teilhabe unmittelbar verknüpfen. Sie schaffen Arbeitsplätze, bieten Daseinsvorsorge und stärken gleichzeitig lokale Identität und Gemeinschaft. Gerade in ländlichen Räumen – wo klassische privatwirtschaftliche Modelle häufig nicht rentabel sind – können gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen Versorgungslücken schließen und neue Entwicklungsdynamiken anstoßen.

Diese Wirtschaftsformen werden bislang in der Wirtschaftsförderung und Sozialplanung oft getrennt behandelt. Ihre Förderung erfordert angepasste Instrumente: flexiblere Förderbedingungen, die Anerkennung nicht-monetärer Wertschöpfung sowie eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Sozialplanung auf Landes- und Landkreisebene.

Impulse für die Praxis*: Energiegenossenschaften in ländlichen Räumen, die lokale Wertschöpfung und Klimaschutz verbinden, wie sie im Dachverband BürgerEnergie Thüringen[18] organisiert sind (Beispiel: Energiegenossenschaft Rittersdorf eG[19]); Dorfläden in Genossenschaftsform als gemeinschaftlich getragene Nahversorgungsinfrastruktur, wie in Langenfeld[20]; Sozialunternehmen im Bereich Pflege, Handwerk oder Lebensmittelversorgung; multifunktionale Höfe der sozialen Landwirtschaft (vgl. Praxisforschungsstelle Heinersdorf[21]), die Arbeit, Begegnung und soziale Teilhabe an einem Ort verbinden.*

- **Wirtschaft und Sozialplanung institutionell verknüpfen**

Akteur:innen: Land, Gebietskörperschaften, Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretungen, freie Träger

Die beschriebenen Handlungsoptionen können ihre volle Wirkung nur entfalten, wenn Wirtschaftsförderung und Sozialplanung nicht länger in getrennten Ressorts und Förderlogiken operieren. Konkret bedeutet das:

Das Land Thüringen sollte ein integriertes Landesprogramm entwickeln, das wirtschaftliche Standortpolitik und soziale Infrastrukturförderung zusammenführt – orientiert an den tatsächlichen

[18] https://buergerenergie-thueringen.de/

[19] https://www.unendlich-viel-energie.de/projekte/energie-kommunen/energie-kommune-des-monats-rittersdorg

[20] https://www.hs-nb.de/storages/hs-neubrandenburg/institute/ikr/Dokumente/Kunst_der_Daseinsvorsorge/Kurzfilm_KunstDV_Langenfeld.mp4

[21] https://alterperimentale.de/praxisforschungsstellen/praxisforschungsstelle-heinersdorf/

Bedarfslagen ländlicher Räume, nicht an Zuständigkeitsgrenzen. Dazu gehören mehrjährige, flexible Förderinstrumente, die Kooperationen zwischen Wirtschaft, Kommunen und sozialen Trägern gezielt ermöglichen, sowie klare Rahmenbedingungen für die Förderung gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen. Auf Landkreisebene sollten gemeinsam besetzte Steuerungsgremien aus Wirtschaft, Verwaltung und Wohlfahrt die Grundlage für eine abgestimmte Standortentwicklung bilden.

> **Impulse für die Praxis***: Um die Rahmenbedingungen für Unternehmen nachhaltig zu verbessern, sollen digitale Genehmigungsverfahren konsequent ausgebaut und feste Ansprechpersonen für Unternehmen etabliert werden. Ergänzend dazu sollen regelmäßige Wirtschaftsdialoge auf kommunaler Ebene stattfinden, um den Austausch zwischen Verwaltung, Wirtschaft und weiteren Akteuren zu stärken. Ein entsprechendes Vorbild bietet die im Rahmen der neuen Allianz für Wachstum und Strukturwandel des Thüringer Wirtschaftsministeriums[22] vorgesehene Dialogstruktur.*

3. Ausblick

Die dargestellten Handlungsfelder und -optionen verdeutlichen: Die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume entscheidet sich nicht an einzelnen Maßnahmen, sondern an der Fähigkeit, Kooperation systematisch zu organisieren, Sozialplanung strategisch weiterzuentwickeln und vorhandene Ressourcen wirksam zu bündeln. Thüringen verfügt hierfür über tragfähige Grundlagen: von bewährten Programmen und Förderinstrumenten bis hin zu engagierten Akteur:innen in Kommunen, Wohlfahrtspflege, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Entscheidend ist nun, diese Potenziale konsequent zusammenzuführen und dauerhaft handlungsfähig zu machen.

Das vorliegende Paper versteht sich dabei ausdrücklich nicht als abschließender Maßnahmenkatalog, sondern als Orientierungs- und Arbeitsgrundlage. Es zeigt auf, wie integrierte, sozialraumorientierte und datenbasierte Planung dazu beitragen kann, gleichwertige Lebensverhältnisse auch unter demografischen und finanziellen Herausforderungen zu sichern. Kooperation, Beteiligung und Prävention werden dabei als zentrale Leitprinzipien einer zukunftsgerichteten Sozial- und Regionalentwicklung sichtbar.

Für die politische Ebene ergibt sich daraus die Aufgabe, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen:

- durch die Verstetigung strategischer Sozialplanung,

[22] https://www.tmasgff.de/medienservice/artikel/pakt-fuer-wachstum-und-arbeitsplaetze-beschliesst-neue-fachkraeftestrategie-thueringen-stellt-zentrale-weichen-fuer-wirtschaft-und-mittelstand

- durch vereinfachte und flexiblere Förderlogiken,
- durch die Stärkung kommunaler Gestaltungsspielräume
- sowie durch eine ressortübergreifende Ausrichtung von Landespolitik.

Für Kommunen, Landkreise und Träger bedeutet dies zugleich, bestehende Planungs- und Beteiligungsformate weiterzuentwickeln, neue Kooperationsformen zu erproben und Sozialräume konsequent aus der Perspektive der dort lebenden Menschen zu denken, gerade unter Bedingungen zunehmenden Haushaltsdrucks und begrenzter kommunaler Ressourcen.

Die Umsetzung dieser Ansätze ist ein lernender und langfristiger Prozess, der fachliche Begleitung, Austausch und kontinuierliche Reflexion erfordert. Das Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung (KOSS plus) sowie das Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) verstehen sich vor diesem Hintergrund auch künftig als aktive Partner von Politik, Verwaltung und Praxis. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Sozialstrategierichtlinie, dem Foresight-Prozess und der Prozessbegleitung kommunaler Sozialstrategien und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen bieten das KOSS plus und das IKPE ihre Expertise an, um:

- Umsetzungsprozesse auf Landes-, Landkreis- und kommunaler Ebene fachlich zu begleiten,
- kooperative Planungs- und Governance-Strukturen weiter zu qualifizieren,
- datenbasierte und sozialraumorientierte Entscheidungsgrundlagen zu stärken,
- Beteiligungs- und Dialogformate weiterzuentwickeln sowie
- den landes- und bundesweiten Austausch guter Praxis zu fördern.

Zukunft schon heute gemeinsam zu gestalten heißt, Verantwortung zu teilen, Perspektiven zusammenzuführen und mutig neue Wege zu gehen. Thüringen hat die Chance, modellhaft zu zeigen, wie ländliche Räume durch strategische Sozialplanung, Kooperation und Beteiligung resilient, lebenswert und solidarisch weiterentwickelt werden können. Dieses Paper lädt dazu ein, diesen Weg gemeinsam weiterzugehen.

4. Autor:inneninformationen

Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. - An-Institut der Fachhochschule Erfurt

Das Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. gründet auf einer langjährigen Kooperation zwischen Vertreter:innen der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte, der Ministerien und der Wissenschaft. Es versteht sich als ein wissenschaftliches, unabhängiges und strategisches Beratungsinstitut für Städte, Gemeinden und Landkreise, die im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge praxisnahe Antworten auf sich verändernde Problemlagen in der Bevölkerung und steigende Effektivitätserwartungen in Verwaltung und öffentlicher Leistungserstellung suchen. An die Fachhochschule Erfurt ist das IKPE als An-Institut angebunden. So werden Forschungsergebnisse sowie Praxiszugänge in Kooperation mit den politischen und fachlichen Akteuren umgesetzt und wissenschaftlich weiterentwickelt.

Huber, Stefan Dr.; Projektleitung Prozessbegleitung kommunaler Sozialstrategien in Thüringen, Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. - An-Institut der Fachhochschule Erfurt (IKPE), E-Mail: stefan.huber@ikpe-erfurt.de

Döbel, Inga: Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Prozessbegleitung kommunaler Sozialstrategien in Thüringen, Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. - An-Institut der Fachhochschule Erfurt (IKPE), E-Mail: inga.doebel@ikpe-erfurt.de

Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung KOSS plus der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. vertritt die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Als gemeinsame Interessenvertretung stärkt die LIGA die Position freier Träger, entwickelt sozialpolitische Strategien und setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die soziale Arbeit unter sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen sichern.

Mit dem Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung (KOSS plus) verfügt die LIGA über eine zentrale Fach- und Vernetzungsstruktur. Es unterstützt die Mitgliedsverbände bei Fragen der Sozialplanung, verankert das Querschnittsthema in den Verbandsstrukturen und stärkt die Mitwirkung freier Träger an kommunalen Planungsprozessen.

Simoleit, Pascal: Grundsatzreferent Strategische Sozialplanung im Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V, E-Mail: simoleit@liga-thueringen.de

Bieniek, Christopher: Grundsatzreferent Strategische Sozialplanung im Kompetenzzentrum Strategische Sozialplanung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V, E-Mail: bieniek@liga-thueringen.de